67. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 10gespalt. Zeile 5,00 M., Reklameteil 20,– M.
Stellungsuchende 2 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Zinsschein-Kalender, Allgemeine Verlosungslisten mit Restantenlisten, Ziehungslisten der Preußischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Nummer 361.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 36,– Mk., monatlich 12,– Mk. bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr., des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen und Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit dem nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernspr. der Schriftl.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstr. 37 | **Freitag, 5. August 1921** | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 30 Pf.

Die Aussiger Ausschreitungen.

Prag, 4. August.

In der heutigen Sitzung des Senats gab der Ministerpräsident eine Erklärung über die gestrigen Vorfälle in Aussig ab. Er sagte u. a.:

Nach der Rede eines Abgeordneten zerstreute sich die etwa 2000 Personen zählende Menge. In diesem Moment fielen plötzlich 5 oder 6 Schüsse aus den Reihen der Legionäre, welche herangekommen waren. Die Sache ist noch nicht völlig geklärt und muß untersucht werden. Die Legionäre entfernten sich auf die Aufforderung der Gendarmerie hin, welche den Marktplatz abgesperrt hatte. Auch an einer anderen Stelle fielen einige Schüsse, an dritter Stelle kam es zu Zusammenstößen zwischen dem Publikum und den demobilisierten Legionären. Um 11 Uhr nachts trafen polizeiliche Verstärkungen ein. Bei den Zusammenstößen wurden 10 Personen verletzt, von denen eine gestorben ist. Heute herrscht in Aussig vollkommene Ruhe. Nach eingesandten Blättern drangen demobilisierte Legionäre in die Kaserne ein, aber es kann noch nichts Bestimmtes darüber gesagt werden, da die Untersuchung andauert. Die politische Behörde hat alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Gestern abend wurden noch Gendarmerieverstärkungen nach Aussig entsandt. Gegen alle Schuldigen wird rücksichtslos nach dem Gesetze eingeschritten werden.

Der Ministerpräsident befaßte sich sodann mit den Ereignissen, welche den gestrigen Vorfällen vorangegangen waren. Er sagte: Am 18. Juli fand eine öffentliche Protestversammlung der deutschen Parteien gegen das Steuersystem und die schweren Steuerlasten statt. Die Redner sparten nicht mit den schärfsten Worten. Ein Redner schloß seine Ansprache. „Nichts für diesen Staat, alles für das Volk!" Dies ist nur ein kleines Beispiel bewußter und systematischer Arbeit gewisser deutscher Kreise, handelt es sich nun um die Nichtabführung von Steuern, den Nichtantritt von Militärdiensten oder den bloß eine platonische Aufforderung ist, dafür diene zum bewaffneten Widerstand gegen die Republik. Daß dies nicht weis, daß in den Grenzorten 125 deutsche Mausergewehre mit 10 000 scharfen Patronen gefunden wurden. Die Regierung hat genügend Mittel zur Hand, um eine solche Tätigkeit im Keime zu ersticken und wird nicht dulden, daß unberufene Faktoren eingreifen. Als Vergeltung für den 18. Juli berief die tschechoslowakische Leginonärsgemeinde eine Versammlung für den 31. Juli ein. Es kam zu einigen Zusammenstößen mit der deutschen Bevölkerung, die größtenteils durch das provokative Benehmen der Deutschen veranlaßt wurden und zu unbesonnenen Taten führten. Die Regierung hat sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Der Ministerpräsident sprach mit größtem Schmerz das Bedauern über die Ereignisse aus, welche nicht geeignet wären, zum ruhigen Zusammenleben der Nation beizutragen.

Prag, 4. August.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde vom Senat nach kurzer Debatte zur Kenntnis genommen. Dafür stimmten alle tschechischen bürgerlichen Parteien, dagegen die tschechischen Kommunisten. Die deutschen bürgerlichen und sozialdemokratischen Senatoren waren nicht erschienen.

•

Die Erklärungen des tschechischen Ministerpräsidenten über die angebliche deutschnationale Agitation, die auf Gewalttätigkeiten gegen die Staatsordnung hinziele, sind ziemlich belanglos. Was er an Positivem über diese Agitation anführen konnte, geht kaum über den Rahmen normaler Parteiagitation hinaus. Wenn sie in der Tschecho-Slowakei deutscherseits auch heute noch etwa diese Grenzen überschreiten sollte, so ist sie nichts als die natürliche Reaktion auf das Auftreten des tschechischen Nationalismus den Deutschen gegenüber. Mit den 125 Gewehren bei 4 Millionen Deutschen hätte der Ministerpräsident lieber nicht kommen sollen. Er soll lieber die Gewehre bei den demobilisierten Legionären zählen, die die Kerntruppe des tschechischen Nationalismus bilden. Auf keinen Fall ist die deutsche Agitation eine Entschuldigung für die neuesten Ausschreitungen des tschechischen nationalistischen Pöbels, dessen Gebahren sogar, wie die Nachrichten der letzten Tage beweisen, auch auf die Aufführung gewisser tschechischer Fraktionen im Prager Parlament abgefärbt hat. Gegen den Vorwurf, daß bei den Zusammenstößen, die sich gerade wieder seit einiger Zeit im Parlament wie auf der Straße häufen, deutscherseits rechtsradikale Kreise am Werke seien, schützt wohl am besten die Tatsache, daß auch die Partei der deutschen Sozialdemokraten in der Tschecho-Slowakei sich in der Abwehr dieser tschechischen Uebergriffe mit den anderen deutschen Parteien solidarisch erklärt. Es ist ja dem Ministerpräsidenten, wie die oben wiedergegebene Erklärung beweist, reichlich schwer geworden, die Ereignisse in Aussig vom tschechischen Standpunkte aus zu bemänteln.

Die Vorfälle, die zur Debatte stehen, sind in politischer Beziehung höchst bedauerlich. Wir sind immer für eine deutsch-tschechoslowakische Verständigung auf wirtschaftlicher Grundlage eingetreten. Was bisher auf diesem Gebiete in der Zusammenarbeit der beiden Staaten geleistet wurde, hat sich für beide Parteien als ersprießlich erwiesen. Tschechische Ausschreitungen, die, wie wir meinen, den liberalen und intelligenten Tschechen, besonders den Kaufleuten unter ihnen, ebenso widerwärtig sein müssen wie uns, sind geeignet, diese eben angeknüpften Beziehungen empfindlich zu stören. Man kann deutscherseits die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, um die maßgebenden Kreise des tschechischen Staates darauf aufmerksam zu machen, daß die Zeit vorüber ist, in der wir auch nach Prag mit der bangen Sorge des Schwächeren blicken mußten. Wenn die Tschecho-Slowakei auch über ein paar Flintenläufe mehr verfügt als Deutschland — in wirtschaftlicher Beziehung ist der tschechische Staat mehr auf uns angewiesen, als wir auf ihn. Und die Prager Herren wissen selbst am besten, daß das heute das wichtigste ist.

Der innere Friede in Italien.

Rom, 3. August.

Heute nachmittag unterzeichneten Vertreter der Sozialisten und Faszisten in Gegenwart des Präsidenten der Kammer, de Nicola, ein Abkommen, durch das sie sich verpflichten, die gegenseitige Bekämpfung einzustellen und Zusammenstöße zu verhindern. Bei Beginn der Sitzung der Kammer wurde de Nicola von allen Abgeordneten lebhaft begrüßt.

Oberschlesiens Schicksal bereits größtenteils definitiv entschieden?

Eine offizielle englische Kundgebung.

TU London, 4. August.

Foreign Office veröffentlicht heute eine Note, die erklärt, daß die endgültigen Beschlüsse bezüglich des größten Teiles Oberschlesiens bereits gefällt worden seien und daß nur das Los derjenigen mittleren Teile Oberschlesiens noch nicht entschieden sei, in denen sich die Ziffern der deutschen und der polnischen Stimmen annähernd gleichen. Dagegen könne das Schicksal des anderen Teiles von Oberschlesien nicht mehr erörtert werden.

Noch keine Einigung über das Programm?

Paris, 4. August.

Die Havasagentur teilt mit, daß das Programm der bevorstehenden Besprechungen des Obersten Rates von Briand und dem englischen Botschafter Lord Hardinge am vergangenen Freitag geprüft worden sei. Die Kanzleien von London und Paris hätten Mitteilungen in der Angelegenheit ausgetauscht, es sei jedoch noch nichts endgültig bestimmt worden. Lord Hardinge sei noch einmal nach England gereist. Belgien werde für den Fall eingeladen, daß die Frage der Kriegsbeschuldigten und der Sanktionen vom Obersten Rat besprochen würde. Japan werde durch seinen Botschafter in Paris bei der Tagung vertreten sein.

EE London, 4. August.

Die englische Regierung erklärt in einer offiziellen Note, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages eine Teilnahme Belgiens an den Erörterungen des Obersten Rates über Oberschlesien nicht gestatten. Die Frage, ob die belgische Regierung zu anderen Beratungen eingeladen werden soll oder nicht, hänge von den Gegenständen ab, die auf der nächsten Tagung des Obersten Rates erörtert werden sollen.

Schlechte Auspicien.

Paris, 4. August.

Paul Louis schreibt in der „Humanité" zur Tagung des Obersten Rates, es werde eine Vordebatte über die Absendung von Verstärkungen stattfinden. Anscheinend werde Briand verlangen, daß die französische Division, deren Transport nach Oberschlesien Marschall Foch und der nationale Block verlangen, sofort abbefördert werde. England aber scheine immer weniger geneigt zu sein, zu den Forderungen des französischen Militarismus Ja und Amen zu sagen, dessen Haltung ihm unerträglich sei, und Italien gebe einen noch ausgesprochenern Widerstand zu erkennen. So werde von Anfang an eine deutliche Spannung entstehen, die nicht überraschen könne. Korfanty sei nach Paris gekommen, um den Eifer der Parteigänger Polens wieder anzufeuern. Die Sachverständigen, die vergangene Woche zusammengetreten seien, seien offenkundig uneinig, ebenso, wie sich vor ihnen die alliierten Kommissare in Oppeln nicht einigen konnten. Die Organe des Quai d'Orsay selbst verheimlichen nicht den Ernst des Streites, fügten aber hinzu, der Oberste Rat werde regeln können, was die Sachverständigen nicht liquidieren konnten. Sie vergäßen, daß man die Sachverständigen gerade deshalb zusammenberufen habe, um den Obersten Rat von einer einigermaßen schweren Sorge zu entlasten. Hier habe man es also mit einem zweiten Konfliktsgegenstand zu tun, und niemand könne sagen, ob die Angelegenheit freundschaftlich werde erledigt werden. Je länger man sie studiere, um so mehr merke man, daß sie aus dem Gesichtswinkel der Grundsätze der kapitalistischen Diplomatie unlösbar sei.

Polnische Anmaßung.

sg Berlin, 4. August.

Das in Berlin erscheinende polnische Blatt „Dziennik Berlinski" meldet aus Beuthen:

Im Hinblick auf die nahe Sitzung des Obersten Rates veröffentlicht der Verband ehemaliger polnischer Aufständischen eine Reihe von Forderungen. Darin heißt es u. a.: Lloyd George hat in Irland wohl noch nicht die Lehre erhalten, daß nationale und wirtschaftliche Bestrebungen nicht durch Bajonette entschieden werden können. Wir wollen glauben, daß die Vertreter von Frankreich, Italien und Amerika dem englischen Projekt nicht beistimmen. Wir erklären, daß wir eine Vergewaltigung unserer Forderungen durch den Obersten Rat für eine Kampfansage ansehen. Gewalt wird gegen eine einheitliche Front stoßen. Bajonette fürchten wir nicht.

Gerechtigkeit gegen Deutschland.

TU Rom, 4. August.

Der Abgeordnete Olivetti, Generalsekretär des italienischen Industrieverbandes führt in der „Tribuna" aus, daß die oberschlesische Frage in einem Sinne gelöst werden müsse, der die deutschen Rechte nicht verletze. Auch die Aufhebung der Sanktionen liege im italienischen Interesse, da sonst das Kabinett Wirth falle und die Ausführung des Vertrages vom letzten Mai gefährdet sei. Deshalb sollte Italien in Boulogne nicht seine unglückliche Vermittlerrolle zwischen Frankreich und England fortsetzen, sondern selbständig, ohne Rücksicht auf fremde Interessen eine gerechte Anwendung des Versailler Vertrages durchsetzen.

Ganz Oberschlesien muß deutsch bleiben.

Eine Kundgebung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Berlin, 4. August.

Der Reichsverband der deutschen Industrie erläßt folgende Kundgebung:

Am 8. August fällt nach den Beschlüssen der Entente die Entscheidung über Oberschlesien und damit die Entscheidung über Gedeih oder Verderb dieses Landes. Oberschlesien ist nach den klaren Bestimmungen des Versailler Vertrages das Recht der Selbstbestimmung zugesprochen, und es hat sich bei der in Ausführung dieses Vertrages am 20. März d. J. erfolgten Abstimmung in überwältigender Mehrheit für ein Verbleiben beim deutschen Reiche entschieden. Eine Teilung Oberschlesiens widerspricht somit dem Wortlaut des von den alliierten Mächten unterzeichneten Vertrages. Die Forderung der Erhaltung Oberschlesiens als wirtschaftliche und politische Einheit beruht nicht nur auf rechtlichen, sondern auch auf natürlichen und wirtschaftlichen Gründen. Oberschlesien ist mit allen Lebensfäden mit dem deutschen Mutterland verbunden. Bezüglich seiner Ernährung ist es von jeher auf den Bezug von Lebensmitteln aus den benachbarten deutschen Provinzen angewiesen gewesen, und seine industrielle Abhängigkeit von Deutschland ist noch stärker als die landwirtschaftliche. Die Lebensfähigkeit Oberschlesiens ist daher durch sein ungeteiltes Verbleiben bei Deutschland bedingt, und seine Loslösung würde eine jede Arbeit für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Mitteleuropas aufs äußerste erschweren, wenn nicht völlig unmöglich machen. Es ist ein integrierender Bestandteil des deutschen Wirtschaftskörpers; daher würde, wie letzthin von führenden Persönlichkeiten der oberschlesischen Industrie und auch vom Herrn Reichskanzler mehrfach betont worden ist, im Falle einer Loslösung Oberschlesiens von Deutschland auch mit der Erfüllung der durch Annahme des Ultimatums Deutschland den alliierten Mächten gegenüber auferlegten Verpflichtungen nicht mehr gerechnet werden können, da sich Deutschland nach dem Verlust von Elsaß-Lothringen mehr als bisher auf die oberschlesische Eisen- und Stahlproduktion und ebenso auf die oberschlesische Kohlenproduktion stützen muß.

Der Reichsverband der deutschen Industrie verlangt mit allem Nachdruck, daß Oberschlesien, auch mit Rücksicht auf den unlößbaren technischen Zusammenhang des Industriegebietes, ungeteilt beim deutschen Reiche verbleibt und sieht hierin die alleinige Voraussetzung für die Erhaltung Oberschlesiens als blühendes und zukunftsreiches Wirtschaftsgebiet.

Insurgentenangriff auf Ujest.

Kosel, 4. August.

Gestern abend griffen 60 bis 70 bewaffnete Insurgenten aus Tatischau die Stadt Ujest an. Landleute und Polizei vertrieben die Angreifer.

Die Flucht vor dem polnischen Terror.

tg Beuthen, 4. August.

In der Stadt hat erneut ein starker Flüchtlingszustrom, besonders aus den Landgemeinden Friedenshütte, Hubertushütte und Hohenlinde eingesetzt. Auch von Gleiwitz wird starkes Anwachsen des Flüchtlingszustromes gemeldet. Aus dem Kreise Tarnowitz mehren sich die Klagen der deutschen Bevölkerung über Uebergriffe der polnischen Ortswehr.

Das oberschlesische Hilfswerk.

Die Räumung Oberschlesiens von den Insurgenten-Truppen hat es ermöglicht, einen ungefähren Ueberblick über die Notstände und Leiden der Bevölkerung zu gewinnen, die der Mai-Ausstand zur Folge gehabt hat. Es ergibt sich danach, daß Tausende und Abertausende von Flüchtlingen vom Lande in die Städte geflohen sind, weitere Tausende leider Oberschlesien den Rücken gekehrt und im übrigen Reich Unterkunft gesucht haben. Die in ihren Wohnungen verbliebenen Deutschen sind in unzähligen Fällen von Gewalttaten und Mißhandlungen heimgesucht worden. 720 Mitglieder der Gewerkschaften sind verprügelt und mißhandelt worden, darunter 20 mit tödlichem Ausgang. Angehörige anderer Berufskreise stehen an Zahl der Opfer nicht nach, ganz zu schweigen der Opfer an Leben und Gesundheit, welche die Mitglieder des Selbstschutzes ihrer Heimat gebracht haben. An Zahlen ist jedoch die Reihe der körperlich Geschädigten verschwindend gegenüber denen, die beraubt und geplündert worden sind. In ganzen Dörfern, die äußerlich unbeschädigt erscheinen, fehlt es völlig an Wäsche, Kleidern, Betten und Möbeln, weil systematisch von Haus zu Haus geplündert worden ist. Selbstverständlich hat auch der Bestand an Pferden, Kühen, Schweinen, Geflügel daran glauben müssen. Die Einbringung der Ernte in infolgedessen ernstlich gefährdet und vielfach unmittelbare Nahrungsnot hereingebrochen. Einschließlich der Schädigungen, die die industriellen Werke erlitten haben, wird der Verlust in Oberschlesien auf mehrere Milliarden geschätzt.

Das Oberschlesier Hilfswerk, das vom Deutschen Roten Kreuz, den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier und dem Bund der Grenzmarkenschutzverbände ins Leben gerufen ist, hat sich die Aufgabe gestellt, schleunigst die dringend notwendigen Mittel zu beschaffen, um der ersten bittersten Not entgegentreten zu können, bis Mittel von Staat und Reich für den Wiederaufbau der Betroffenen und die Entschädigung der Verluste flüssig gemacht sind. Die Leitung der als „Notstandshilfe des Roten Kreuzes" bezeichneten Gesamtaktion liegt in den Händen des Delegierten, des Deutschen Roten Kreuzes bei der Vertretung des Internationalen Roten Kreuzes in Oppeln, dem ein Ausschuß zur Seite steht. Die eigentliche Hilfstätigkeit wird durch Ausschüsse in 19 Stadt- und Landkreisen ausgeübt. Die Notstandshilfe ist unpolitisch und rein karitativ, das heißt Unterstützung ist unabhängig von der politischen Gesinnung des Notleidenden.

Die bisher aus der Sammlung nach Oberschlesien überwiesenen zehn Millionen Mark bedeuten erst einen bescheidenen Anfang. Neben Geld werden Kleidungsstücke und Nahrungsmittel beschafft. Ein Teil des Sammlungsergebnisses wird zur Fürsorge für die oberschlesischen Flüchtlinge verwandt, die im Reiche Zuflucht gesucht haben. Wobei oberster Grundsatz bleibt, den Geflohenen die Möglichkeit zur Rückkehr in die Heimat zu eröffnen.

Einigung über die Verteilung der Elbetonnage.

Bd Dresden, 4. August.

Eigener Drahtbericht.

Die Dresdener Schiffahrtsverhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei über den Rest der abzutretenden Elbeschiffe haben heute zu einem vollen Erfolge geführt. Man hat eine Einigung erzielt, die nur noch der Genehmigung durch die beiden Regierungen bedarf. Es handelt sich um rund 53 000 Tonnen Kahnraum und 7000 PS Schleppkraft. Durch diese Einigung ist ein Eingreifen und Schiedsspruch der Amerikaner vermieden worden. Die Frage der Abgabe der Elbschiffe ist damit endgültig gelöst.

— **Gegenüber den scharfen Angriffen wegen der Zustände im Bayerischen Internierteulager** veröffentlicht die Polizeidirektion München eingehende Feststellungen, aus denen hervorgeht, daß das ausländische Internierungslager nicht nur ein Lager für harmlose Internierte ist, sondern auch für schwere Verbrecher, die nicht wie Festungsgefangene, sondern wie Polizeigefangene gehalten werden müssen.

Vom Rhein.

Von einem rheinischen Abgeordneten.*)

Die Franzosen — denn eigentlich handelt es sich nur um diese — haben im Rheinland eine undankbare Aufgabe übernommen. Doppelt undankbar, weil sie versuchen, diese Aufgabe auf zwei sich gegenseitig selbst zerstörende Arten zu erfüllen: nämlich der Weg der friedfertigen Ueberredung auf der einen Seite und dem der Gewalt und der Strafe auf der anderen. Beginnen wir mit dem ersten.

Einige Monate nach der Besetzung wurde das Rheinland mit einer Flut von Schriften überschüttet. Besonders der Mittelstand wurde damit bedacht. Alle paar Wochen brachte der Briefbote ein Buch ins Haus: das bekannte Buch des luxemburgischen Bürgermeisters, Schriften über die französische Verfassung usw. Nach einigen Monaten flaute dieser Segen ab. Es setzten französische Schulen, Theatervorstellungen, Kinos usw. ein, und zwar um so intensiver, je weniger Anhänger die rheinischen Republikaner um sich sammeln konnten. Vorträge und Konzerte brachten einige Ergänzung. Unstreitig wurden die Mittel allmählich feiner. Der Höhepunkt soll wohl die Kunstausstellung in Wiesbaden sein und die jetzt bereits in 10 Monatsheften erschienene „Revue Rhenane". Die ist eine vornehme Zeitschrift zur Verbreitung französischer Kunst und Kultur im Rheinland. Sie kostet halbjährlich 80 Mark, das Einzelheft 12 Mark. Man sieht, es ist dabei auf den begüterten, gebildeten Rheinländer abgesehen, dem man zweisprachige Aufsätze vorsetzen kann. Die Aufsätze sind meist gut. Die Bilder drucktechnisch ausgezeichnet. Ob das Unternehmen Erfolg haben wird, darf man trotzdem bezweifeln. Die Zahl der begüterten, künstlerischen Aestheten, auf die diese Schrift wirken könnte, ist im Rheinland viel weniger zahlreich, als die Franzosen anzunehmen scheinen. Und ihr Einfluß ist gering. Der großen Mehrzahl der Rheinländer müßte man schon „däftigere" Kost geben. Immerhin muß man beachten: hier wird der Versuch gemacht, mit ganz großen Mitteln eine bestimmte, kulturell hochstehende, oder darf man sagen überzüchtete, Schicht für Frankreich zu interessieren. Vielleicht könnte man sich mal überlegen, was man mit jenen deutschen Firmen im besetzten Gebiet tut, die in der „Revue Rhenane" in französischer Sprache inserieren. Da ist z. B. das Hotel Metropol in Wiesbaden, das sich als Maison renommée de premier ordre empfiehlt. Das Parkhotel in Wiesbaden empfiehlt Chambres elégantes avec salles de bains et cabinets de toilette. Aehnlich Hotel Kaiserhof in Schlangenbad, der „Bierkönig" in Wiesbaden. Alfred Herzberger — Joh. Kempf Successeur in Mainz empfiehlt sich zum Umziehen. Geschwister Alsberg in Mainz empfehlen Robes, Manteux, Lainages, Soieries usw. Sogar das Hotel Herzog von Nassau in Langenschwalbach empfiehlt sich auf französisch. Anscheinend aus Rücksicht auf die deutschen Leser der „Revue Rhenane". Etwa ein halbes Hundert dieser Anzeigen könnte man aufführen. Sind es freiwillige Anzeigen oder . . .?

Herr Berres mag wohl bemerkt haben, daß diese Schüsse vielleicht etwas zu hoch gehen. Er hat uns dafür den Nachweis geführt, daß unsere rheinisch-deutschen Märchen eigentlich alle aus Nordfrankreich stammen. Ob er vergessen hat, wieviel alte deutsche Märchen sich auch in den ägyptischen, indischen, chinesischen Märchengestalten wiederfinden, mag dahingestellt bleiben. Vielleicht wird uns ein anderer Barrès eines Tages die Verwandtschaft der chinesischen Märchen mit den deutschen beweisen und daraus seine politischen Folgerungen ziehen.

Immerhin, dies alles läßt noch einen Aufwand von Geist erkennen und es würde sich lohnen, damit zu ringen und zu streiten, wenn nicht ein anderer Helfer uns erstände. Wo die französischen Politiker und Militärs auftreten, da wird das Spinngewebe der französischen Kulturpropaganda zerrissen. Und sie zerreißen in einem Tage mehr, als alle Kulturpropagandisten in der Woche aufbauen können. Man kann sich den kulturpropagandistischen Einfluß der 30 000 Anamiten, Madagassen, Turkos und Zuaven leicht vorstellen. Wie stark die Liebe zu Frankreich bei jener Elberfelder Firma geworden ist, der man vor kurzem zwei Waggons Margarine auf einem Bahnhof im besetzten Gebiet mehrere Tage in der heißen Sonne stehen und auslaufen ließ, läßt sich leicht ausmalen. — Man setze sich im Rheinland in einen Schnellzug, aber auch in einen Personenzug. Am Ausgang des besetzten Gebiets beginnt eine Zollrevision, nicht weniger umständlich als in Friedenszeiten etwa in Basel. Ein halbes Dutzend Zollbeamte stürzen sich auf den Zug. Die „Hohe" in Coblenz hat es ja befohlen. Ein Dutzend oder mehr „Poilus" halten Wacht. In 10 Minuten etwa ist die Revision beendet. Eingebracht hat sie natürlich keinen Pfennig Zoll. Das ist wohl auch nicht der Zweck. Aber der Zug muß seine vollen 20 Minuten warten. Die „Hohe" hat es so befohlen. Wenn in einer kleinen Stadt, wie Wermelskirchen, fast alle Schulen mit französischen Soldaten, Lazaretten usw. belegt sind, wenn alle Versuche, die Schulen freizumachen, scheitern, dann denkt in Wermelskirchen natürlich kein Mensch an den Unruhestifter Europas, den französischen Militarismus; bewahre, die Wermelskirchener denken nur an die „Revue Rhenane" und ihre interessanten Bilder. Wenn kommunistische Bankräuber der deutschen Justiz entzogen werden, spricht natürlich jeder Bürger im besetzten Gebiet nur ein dankbares Stoßgebet. Wenn eingeborene Rheinländer aus ihrem Heimatland ausgewiesen werden, wer wird dann über die Fackelträger der Freiheit murren? Wenn die einheimische Bevölkerung und ihre Führer in die Gefängnisse gesperrt werden, rufen sie natürlich liberté, égalité, fraternité, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Und nur ganz leise fügen sie hinzu „oder Tod".

Solange uns die französischen Politiker und Militärs erhalten bleiben, werden die Kulturpropagandisten, die Barrès, Funk-Brentane und ähnliche Bürger der großen Republik uns wenig schaden. Gott erhalte uns die Henneque, Margin usw. Sie sollen leben tausend Jahr.

*) Der dreiste Uebergriff, dem neulich erst der Reichstagsabgeordnete Erkelenz zum Opfer gefallen ist, läßt es uns empfehlenswert erscheinen, den Namen unseres Mitarbeiters zu verschweigen. Wir müssen, wie man sieht, nachgerade zu den Vorsichtsmaßregeln zurückkehren, durch die deutsche Patrioten unter der napeleonischen Fremdherrschaft sich zu schützen suchten. Die Schriftleitung.